FDP Offenbach

ISLAMISCHER RELIGIONSUNTERRICHT: „ANPASSUNG AN DIE REALEN LEBENSVERHÄLTNISSE IN OFFENBACH“

23.05.2013

An der Mathildenschule (GHR) sowie an der Humboldtschule in Offenbach startet zum kommenden Schuljahr parallel zu 25 anderen hessischen Schulen der so genannte „bekenntnisorientierte, islamische Religionsunterricht“. Damit verwirklichte das Land eine Kernforderung des hessischen Integrationsministers Jörg-Uwe Hahn (FDP) aus den christlich-liberalen Koalitionsverhandlungen.

Für den schulpolitischen Sprecher der FDP-Stadtverordnetenfraktion Dominik Schwagereit bedeutet das neue Unterrichtsfach eine „Anpassung des Schulangebots an die realen Lebensverhältnisse“ gerade in einer Stadt wie Offenbach. Schließlich habe Offenbach einen sehr hohen Anteil muslimischer Kinder. Auch wenn es politischen Widerstand gegen das Angebot gegeben habe, herrsche eigentlich nur „verfassungsmäßige Normalität“. Denn das Grundgesetz räume den Religionsgemeinschaften das Recht ein, Religionsunterricht in staatlichen Schulen durchzuführen. „Es geht daher einerseits um Gleichbehandlung, andererseits sollen die jungen Menschen auch aus den Hinterhöfen herausgeholt werden“, so Schwagereit. Der Freidemokrat legt daher auch Wert darauf, „dass der Lehrplan auf einer von Land und Religionsgemeinschaften vereinbarten Basis steht“ und die Kinder sich im Unterricht etwa auch mit der Gleichstellung von Frau und Mann auseinandersetzen müssten. Schwagereit begrüßt zudem die Ankündigung der liberalen Kultusministerin Nicola Beer, das Ministerium werde durch Unterrichtsbesuche sicher stellen, dass die Lehrpläne auch in der Praxis umgesetzt würden. Hessen ist das erste Bundesland, das den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht einführt. Nach Vorstellungen der Liberalen soll der Unterricht schrittweise in den nächsten Jahren ausgebaut werden.

Abgerufen am 14.11.2026 unter https://fdp-of.de/?p=2004